

Vorrangförderung für die Milchviehbetriebe, durch die Ausgleichszulage, und durch die Weideprämie.

Wir müssen beim Milchmarkt wie in allen anderen Bereich auch die Nachfrage wieder erhöhen. Deswegen ist es richtig, dass wir in die Schulen gehen, dass über 9 Millionen € weitgehend Bundesmittel in die Hand genommen worden sind, damit die Schülerinnen und Schüler wieder Milch trinken. Viele andere sinnvolle Maßnahmen haben wir auf den Weg gebracht.

Nein, meine Damen und Herren, wir unterstützen unsere Milchbauern in Nordrhein-Westfalen nicht mit irgendwelchen ideologischen Hirngespinnsten, nicht mit irgendwelchen Bündnissen, jetzt etwas auf den Weg zu bringen.

Was mich an diesem Bündnis so irritiert und was sich in den letzten Tagen artikuliert hat, ist die Tatsache, dass sich genau die Umweltverbände, die sich jetzt für eine Fortsetzung der Quotenregelung ausgesprochen haben, im Jahr 1984, als ich mich auch schon im agrarpolitischen Feld getummelt habe, gegen die Einführung der Milchquotenregelung ausgesprochen haben. Sie haben gesagt: Gerade aus Umweltgründen macht es überhaupt keinen Sinn, eine Quotenregelung einzuführen, weil sie nur dazu führen wird, dass nur noch auf einigen wenigen Grünlandflächen Kühe gehalten werden. Die Argumentation, die damals richtig war, ist heute auch noch richtig.

Deswegen, meine Damen und Herren, geht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen klaren, ehrlichen, realistischen Weg. Wir sind in einem permanenten Gespräch mit den Bäuerinnen und Bauern, und wir machen als Landesregierung keine Politik gegen die Bauern, sondern mit den Bauern in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Ende der Debatte und kommen zu den Abstimmungen.

Wir stimmen zuerst ab über den **Eilantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/9802**. Wer für den Inhalt ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und SPD. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9823**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

#### 4 **Gleiche Arbeit – gleiche Rechte: Gegen Missbrauch von Leiharbeitsverhältnissen und Unterwanderung geltenden Tarifrechts**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9763

Ich eröffne die Debatte und gebe Frau Gebhard von der SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, dürfte ich Sie bitten, Ruhe einkehren zu lassen, zum Reden den Saal zu verlassen oder hier zu bleiben und zuzuhören. – Bitte, Frau Gebhard, Sie haben das Wort.

**Heike Gebhard (SPD):** Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir als Patient bzw. Patientin ins Krankenhaus müssen – ich sage bewusst: müssen; denn in der Regel geht man nicht freiwillig –, erwarten wir natürlich eine gute medizinische ärztliche Versorgung.

Aber genauso erwarten wir eine fachpflegerische, fürsorgliche, das heißt auch respektvolle Pflege, einwandfreie hygienische Räume und gute Verpflegung. Wir erwarten dies 24 Stunden lang an sieben Tagen in der Woche.

In den Pflegewissenschaften ist es inzwischen unbestritten: Die beste ärztliche Kunst führt nicht zum Erfolg, wenn sie nicht gestützt wird von einer qualifizierten Pflege in hygienisch einwandfreien Räumen und schmackhaftem, dem Krankheitsbild angepasstem Essen.

Während jedoch in den letzten zehn Jahren die Ärzteschar an nordrhein-westfälischen Kliniken um ca. 3.800 Personen gestiegen ist, ist die Situation bei den Pflegekräften und den Kräften im sogenannten Wirtschaftsdienst völlig gegenläufig. Innerhalb von zehn Jahren haben wir 14.000 Pflegenden weniger. Das entspricht etwa 15 %. Der Wirtschaftsdienst wurde sogar um 40 % reduziert, was ebenfalls etwa 15.000 Beschäftigte weniger in diesem Bereich bedeutet.

Nun mag man einwenden, dass im gleichen Zeitraum ja auch 27.000 Betten abgebaut wurden. Ja, aber der Personalabbau in der Pflege geht weit darüber hinaus. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die qualitativen Anforderungen an Pflege kontinuierlich zunehmen. Die immer kürzer werdende Verweildauer der Patienten verschärft die Pflegeintensität enorm, sodass der Satz gilt: Immer weniger Pflegekräfte müssen immer mehr Patienten versorgen.

Aber Personalabbau ist riskant. Krankenhäuser mit deutlich weniger Personal, insbesondere im Pflegebereich, weisen – so ausländische Studien – eine bis zu 30 % höhere 30-Tage-Post-OP-Mortalität auf.

Personalmangel und – wie es in dieser Studie heißt – Downqualifying, Überlastung und Demotivierung auch von höchst engagierten Mitarbeitern werden ein reales Risiko für die Menschen, die so abhängig von der Qualität der Versorgung sind wie niemand sonst von einem Dienstleister.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine weitere Untersuchung, und zwar vom Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der Technischen Universität Dortmund, zeigt auf, dass die am meisten stressbelasteten Berufe die sind, in denen Dienst am Menschen geleistet wird – wie zum Beispiel von Pflegekräften. Trotz dieses Wissens wird gerade im Bereich Pflege, Küche und Reinigung in Kliniken, sozusagen dem Fundament einer jeden Klinik, permanent nach Wegen gesucht, wie Personalkosten reduziert werden können.

Ein Weg ist die Gründung von Personalservicegesellschaften. Das heißt, neue Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden fast nur noch – auch an unseren staatlichen Unikliniken wie in Essen und Bonn, aber auch bei vielen frei-gemeinnützigen Trägern – in diesen Gesellschaften eingestellt, und das zumeist nur auf Zeit, um sie dann ausschließlich an die entsprechende Klinik auszuleihen. Sie fallen somit nicht mehr unter den eigentlichen Tarifvertrag der Kliniken, den sich die Beschäftigten – wir erinnern uns – in dem langen Tarifkonflikt 2006 erkämpft haben.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Leiharbeit soll hier ganz offenbar Stammbelegschaften ersetzen. So war Leiharbeit aber nie gedacht. Sie sollte immer nur dazu dienen, zusätzliche, gegebenenfalls kurzfristige Anforderungen in den Betrieben bedienen zu können.

Dass diese Entwicklung, diese faktische Ungleichbehandlung in ein und demselben Betrieb, das heißt in ein oder derselben Klinik, zu Unmut in den Belegschaften führt, kann sich jeder unschwer vorstellen. Gleichzeitig werden Ängste bei den langjährig Beschäftigten geschürt, was die Sicherheit ihrer eigenen Arbeitsplätze anbetrifft.

Mit der Befristung in den Leiharbeitsunternehmen, in den Personalserviceagenturen, haben die Arbeitgeber ein weiteres Druckmittel, die Leistungsanforderungen auf jeden einzelnen Platz permanent zu erhöhen. Eine Verlängerung des Arbeitsvertrages gibt es nur, wenn die gleiche Leistung in weniger Zeit erbracht wird. Dies gefährdet die Qualität einer Klinik in hohem Maße.

Wenn eine Reinigungskraft immer mehr Bäder mit Duschen, Toiletten, Waschbecken, Böden, Türklinken etc. in der gleichen Zeit säubern soll, sind irgendwann die hygienischen Anforderungen, die an ein Krankenhaus zu stellen sind, nicht mehr zu erfüllen.

Ein besonderer Einsatz von Leiharbeit liegt aber in Bad Salzuflen vor. Dort weigert sich der Klinikbetreiber der Lippischen Nervenklinik monatelang, mit seinem Pflegepersonal einen Tarifvertrag abzuschließen, und beantwortet Streiks für einen solchen Tarifvertrag mit Aussperrung und Einstellung von Leiharbeitnehmern.

Wenn von 62 Pflegekräften zunächst 38 – inzwischen nur noch 35, da drei bereits entlassen sind – ausgesperrt sind und stattdessen von acht verschiedenen Leihfirmen sukzessive Personal beschäftigt wird, müssen sich Geschäftsleitung und ärztliches Personal nicht wundern, wenn Politik sich um die ordnungsgemäße Versorgung der Patientinnen und Patienten sorgt. Mich wundert vielmehr, dass sich das ärztliche Personal nicht auch sorgt – zumindest legt das einer ihrer offenen Briefe nahe – und mithilft, diesen Zustand so schnell wie möglich zu beenden, damit das Personal, mit dem man zuvor zum Teil seit über zehn Jahren vertrauensvoll zusammengearbeitet hat, alsbald in die Klinik zurückkehren kann.

Herr Minister, ich denke, wir sind uns einig: Wir alle hier in diesem Parlament – ich glaube, ich darf das für Sie alle in Anspruch nehmen – haben kein Interesse daran, eine Klinik einzeln an den Pranger zu stellen. Aber wir können bei diesem zum Glück bisher einmaligen Fall von wochenlanger Aussperrung auch nicht einfach wegsehen. Die Verantwortung für den öffentlichen Wirbel liegt nicht bei uns, die wir reagieren, sondern bei dem, der sich bisher geweigert hat, überhaupt Tarifverhandlungen zu führen, und der unbegrenzt mehr als die Hälfte der pfllegenden Belegschaft aussperrt.

Wenn es sich dann auch noch um eine Klinik handelt, die einen öffentlichen Versorgungsauftrag hat, dann drängen sich auch Fragen auf, denen der Minister als derjenige, der den Versorgungsauftrag ausspricht, nachzugehen hat. Solche Fragen haben wir sowohl im zuständigen Fachausschuss als auch schriftlich an das Ministerium gestellt: Fragen nach Einhaltung der qualitativen Anforderungen nach dem PsychKG, Fragen wie, welche Konsequenzen der Einsatz so viel fremden Personals für die Patientinnen und Patienten hat, und Fragen, ob die Klinik ihren eigenen Anspruch – siehe Homepage – nach Bezugspflege in der Zeit, in der sie mit so viel Fremdpersonal arbeitet, aufgegeben hat.

Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die Klinik ihren Dokumentationspflichten auch während der Aussperrung in vollem Umfang nachgekommen ist. Es sollte ihr daher leichtfallen, der Aufsichtsbehörde aufzuzeigen, ob sie ohne mehr Fixierung und ohne mehr medikamentösen Einsatz in diesen Wochen ausgekommen ist. Das sind wir nach unserer Ansicht den Patientinnen und Patienten schuldig.

Wenn diese besondere Aufmerksamkeit, die die Klinik dadurch in der Öffentlichkeit erfahren hat, dazu führt, dass es nun endlich zu Tarifverhandlungen

kommt, dann hat sich unser Kümmern gelohnt. –  
Recht herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kern das Wort.

**Walter Kern (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die SPD kümmert sich in ihrem Antrag Drucksache 14/9763 „Gleiche Arbeit – gleiche Rechte: Gegen Missbrauch von Leiharbeitsverhältnissen und Unterwanderung geltenden Tarifrechts“ nicht nur um die Leih- und Zeitarbeit. Ihr eigentliches Ziel, meine Damen und Herren von der SPD, ist doch nicht die Arbeitnehmerüberlassung oder die Leiharbeit. Das Wohl der Patienten ist hier doch nur zweitrangig. Es ist vielmehr der fühlbare und sichtbare Versuch, in laufende Tarifverhandlungen einzugreifen.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Zur Situation! Ich zitiere aus der Antwort vom 3. September 2009 des MAGS auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Inge Howe von der SPD.

Seit Anfang 2008 fordern die Mitarbeiter der Klinik einen Haustarifvertrag vom Arbeitgeber. Seit dem 30. April 2009 streiken nun die Mitarbeiter für einen Tarifvertrag, da sie ca. 20 % unterhalb des TVöD entlohnt werden. Hierauf reagierte die Klinikleitung nun mit der Aussperrung des Personals und der auf drei Monate befristeten Einstellung von ... Leiharbeitskräften.

So weit die Situation. – Es handelt sich also um eine tarifliche Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern.

Meine Damen und Herren, die Tarifhoheit ist ein sehr hohes Gut, die zur arbeitsrechtlichen Kultur unseres Landes gehört und der wir alle hier im Saal und im Land viel von unserem sozialen Wohlstand der letzten Jahrzehnte verdanken. Deshalb ist es für die Politik auch richtig, sich hier zurückzuhalten.

Das galt auch für die tariflichen Auseinandersetzungen im Streit um die Erzieherinnengehälter im öffentlichen Dienst. Das gilt auch für die Auseinandersetzung im Tarifstreit zwischen der Lippischen Nervenlinik Dr. Spernau und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Streik und Aussperrungen sind dabei legitime Möglichkeiten, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben.

Wie sagte noch der ehemalige Ministerpräsident Wolfgang Clement? – Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

Die Tarifhoheit ist heilig. Die Politik soll ihr fern bleiben.

Wolfgang Clement hatte und hat recht. Aber die SPD will mit ihm ja nichts mehr zu tun haben.

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, seit dem Eingang des SPD-Antrags zu diesem Fall hat sich einiges ereignet und verändert. So ausgesprochen schwierig – und das ist ohne Zweifel so – die Situation der ausgesperrten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist – das war in dem informellen Gespräch nach der Ausschusssitzung mehr als zu spüren –, so sehr wünsche ich diesem Personal, dass der Arbeitskampf sehr bald beendet ist.

Die für uns entscheidenden Fragen sind aber: Leiden unter diesem Arbeitskampf die Patienten, die betroffenen Menschen in der Klinik? Wird die Aufsicht auf der unteren und oberen Ebene sorgfältig wahrgenommen? Das ist die Aufgabe, für die wir hier im Landtag zuständig sind.

Hier bleibt festzuhalten: Trotz des Arbeitskampfes sind die Klinikleitung, die Ärzte, das medizinische Personal und auch die Leiharbeiter mit Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt an der Arbeit. Nach Auskunft der Bezirksregierung in Detmold hat es in der Klinik drei Ortsbesichtigungen gegeben. Alle waren unangemeldete Prüfungen. Sie fanden am 18.06.2009, am 14.08.2009 und in der letzten Woche, am 3. September, statt. Nochmals: Alle Besuche waren unangekündigt, und es gab keinerlei Grund zu Beanstandungen. Das ist die Wahrheit.

Die Aufsicht wird mit großer Aufmerksamkeit vorgenommen. Dies gilt insbesondere für die Absicherung der Patientenversorgung. Sie ist nach den Ergebnissen und der Auskunft der Aufsichtsbehörden jederzeit sichergestellt; dazu liegen schriftliche Berichte vor. Das Personal leistet hier also eine verlässliche Arbeit. Das ist heute so, und das war auch in der Vergangenheit so. Es ist wahrlich keine leichte Arbeit, die das Personal täglich leistet, und deswegen sollte man auch den ausgesperrten Mitarbeitern hier an dieser Stelle den Respekt vor der Arbeit der letzten Jahre aussprechen.

Wir können festhalten: Die Aufsichtsbehörden nehmen ihre Aufgabe untadelig, objektiv und initiativ wahr. Bei der ersten anonymen Anzeige wegen angeblicher Missstände waren die Aufsichtskräfte des Kreises Lippe, durch die Bezirksregierung geschickt, innerhalb von 24 Stunden draußen.

Was wird geprüft? – Neben der Patientenversorgung werden auch die Dienstpläne überprüft. Nach der Feststellung der Prüfungsstellen werden überwiegend auch bei den Leiharbeitskräften examinierte Kräfte für die Arbeit eingesetzt. Es gibt keine – wie suggeriert – zusätzlichen Fixierungen nach richterlicher Anordnung. Ein bisschen mehr Kirchturmsblick hier würde also nicht schaden.

Die Klinikleitung ist in diesem außergewöhnlichen Arbeitskampf offensichtlich bemüht, die Fachlichkeit zu sichern. Das ist natürlich auch ihre Aufgabe. Dass sie dies mit Leiharbeit organisiert, ist für die

streikenden Arbeitnehmer natürlich unerfreulich, da sie ein wesentliches Druckmittel des Streiks verlieren und zumindest geschwächt werden. Über diesen Punkt muss man sich sicherlich an anderer Stelle unterhalten.

Für die Versorgung der Menschen, der Patienten, ist dies aber von entscheidender Bedeutung. Die Klinikleitung hat in der ersten Phase des Arbeitskampfes mit acht Leiharbeitsfirmen, zuletzt mit vier, gearbeitet. Meines Erachtens ist das ein Indiz dafür, dass sorgfältig nach geeigneter Qualität gesucht wird. Examierte Krankenpflegerinnen werden gesucht, und diese hat man auch gefunden.

Aber: Die Prüfung der Qualität der Arbeit obliegt den Aufsichtsbehörden. Da mehrfach, wie ich schon sagte, unvermutet geprüft wurde, ist festzuhalten, dass trotz Streik und Aussperrung die Qualität der medizinischen Versorgung gewährleistet ist; der offene Brief der Mediziner aus Bad Salzuflen unterstreicht dies.

In der Vergangenheit waren wir uns im Landtag immer fraktionsübergreifend darin einig, dass wir uns aus aktuellen Tarifaueinandersetzungen heraushalten, dass wir uns nicht einmischen. Das sollte auch heute so bleiben. Wir sollten die ausgesperrten Beschäftigten nicht für Wahlkampfzwecke instrumentalisieren, sondern alle Beteiligten

(Beifall von CDU und FDP)

rund um den Arbeitskampf zu Besonnenheit auffordern. Das tue ich an dieser Stelle ausdrücklich. Ich fordere die Beteiligten auf: Sprechen Sie miteinander! Es ist Zeit, dass dieser Arbeitskampf beendet wird.

Wir werden Ihren heutigen Antrag in der vorliegenden Fassung nicht unterstützen. Wir werden im Ausschuss darüber sprechen. Mit dem SPD-Antrag wird zumindest in Teilen massiv in die Tarifhoheit eingegriffen.

Liebe Kollegen von der SPD, würde man Leiharbeitsverhältnisse in diesem engen Zusammenhang verbieten, müsste die Pflege über unbefristete Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden. Dies kann nach Beendigung des Streiks und nach der Aussperrung zu einer erheblichen Kündigungswelle folgen. Ich will nur daran erinnern: Wenn man das diskutiert, dann sollte man sich auch diese Ende vor Augen halten. Das kann nicht im Interesse der Mitarbeiterinnen sein, die im Moment ausgesperrt sind.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie behaupten in Ihrem Antrag, dass Leiharbeiter als Streikbrecher missbraucht werden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

obwohl vorhandene Tarifverträge dies explizit ausschließen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja!)

Wenn ein vom Bad Salzufler Arbeitgeber unterzeichneter Tarifvertrag dies explizit ausschließt, frage ich mich, warum die Gewerkschaft das so abgesicherte Recht nicht unmittelbar gerichtlich durchsetzt. Diese Chance hat sie, und dazu würde ich sie dann auch auffordern. Irgendwie erscheint mir diese Argumentation, also das Verhalten von ver.di, inkonsequent.

Meine Damen und Herren von der SPD, die Klinikärzte haben sich in einem offenen Protestbrief über die Äußerung der Landtagskollegin Howe auf ihrer Homepage irritiert gezeigt. Sie fühlen sich in ihrer Berufsehre verletzt; Sie kennen diesen Brief. Liebe Kollegin Howe – ich sehe sie im Moment nicht; vielleicht ist sie aus wichtigem Grund verhindert –, Sie sollten den Ruf der Klinik und der medizinischen Mitarbeiter nicht gefährden. Haben Sie Ihre Homepage schon geändert? – Ich bitte die Kollegen der SPD, das weiterzugeben.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Berechtigte Interesse von Arbeitnehmern müssen durch die Gewerkschaften vertreten werden können, aber es muss im Interesse aller Beteiligten und von allen Beteiligten lösungsorientiert auf Fakten basiert gearbeitet werden, und da hat sich in Bad Salzuflen sicherlich etwas in die falsche Richtung entwickelt. Ich denke, da muss man als vernünftiger Mensch sehen, dass das vorangeht.

Wie halten wir uns aus dem Tarifstreit heraus? – Ich appelliere an alle Beteiligten: Setzen Sie sich an einen Tisch. Geben Sie sich gegenseitig wieder Vertrauen. Ich rate zu besonnenem Vorgehen.

Zum Abschluss noch einige grundsätzliche Feststellungen zur Arbeitnehmerüberlassung. Arbeitnehmerüberlassung bzw. Leiharbeit ist heute ein interessantes arbeitsmarktpolitisches Instrument. Im Aufschwung der Wirtschaft von 2005 bis 2008, also vor der großen Krise, hat uns die Arbeitnehmerüberlassung viele neue, zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Land gebracht. Das ist die Wahrheit.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass viele der neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, die in der Zeit vor der Bankenkrise entstanden sind, in dieser Branche generiert wurden. Leiharbeit hilft doch einerseits den Arbeitgebern und Unternehmen, auf atypische Kapazitätsnachfragen zu reagieren, andererseits sorgt sie im Aufschwung für neue Beschäftigung. Wir hoffen alle, dass der Aufschwung wieder kommt, und dann brauchen wir das dringend. In der Krise geht der Zug allerdings schneller – das muss man festhalten – zur anderen Seite. Das bedeutet, dass diese Arbeitnehmer sicher auch größeres Risiko tragen.

Wir werden froh sein, wenn die Konjunktur wieder anspringt und wir das wichtige Instrument der Arbeitnehmerüberlassung einsetzen können. Trotzdem ist Leiharbeit, Arbeitsüberlassung, ein guter

Eintritt für Arbeitslose zurück in den Arbeitsprozess. Die Klebeeffekte sind nach der Studie, die wir 2008 erhalten haben, zu bemerken.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 15 %, Herr Kollege!)

– Aber sie sind da.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Überwiegend im Niedriglohnbereich!)

Meine Damen und Herren von der SPD, die in Ihrem Antrag geforderte Unterbindung von Ausgründungen von Betriebsbereichen in Gesundheitsunternehmen sowie die Unterbindung der Beauftragung von Zeit- und Leiharbeitsfirmen halte ich persönlich für lebens- und wirklichkeitsfremd. Wir können unternehmerisch notwendige Entscheidungen von Kliniken und anderen Gesundheitseinrichtungen nicht dermaßen einschränken. Sie haben auch nicht ernsthaft geglaubt, dass wir dort Ihrem Antrag entsprechen.

Ich komme zum Schluss und halte fest: Die Aufsichtsfunktion zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Nervenlinik Dr. Spornau, die für die Bereiche Bad Salzuflen, Lemgo, Kalletal, Extertal, Barntrup, Dörentrup zuständig ist, wurde und wird jederzeit in vollstem Umfang wahrgenommen. Sowohl quantitativ als auch qualitativ ist es zu keinerlei Beanstandungen gekommen. Das wissen Sie aus den schriftlichen und mündlichen Berichten des Ministeriums. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Das Thema Zeitarbeit und die Frage des angemessenen Einsatzes dieser Arbeitsverhältnisse beschäftigen uns in diesem Landtag zum wiederholten Mal.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Steter Tropfen höhlt den Stein!)

Die bisherigen Erkenntnisse will ich deshalb in Kürze zusammenfassen. Eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern mit geringerer Qualifizierung wäre ohne Zeitarbeit dauerhaft vom klassischen Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Zeitarbeit hat gerade diese Gruppe immer wieder in Lohn und Brot gebracht.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten greifen Arbeitgeber bevorzugt auf Zeitarbeitsverhältnisse zurück, weil sie die Lage nicht überschauen können und lieber Zeitverträge abschließen, als sich festzulegen. Das ist auch eine Folge der immer noch sehr starren Kündigungsschutzregelungen, die vor allem

die schützen, die einen Job haben, aber die anderen benachteiligen.

Aus einer aktuellen Untersuchung des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass sich die flexiblen Erwerbsformen immer stärker etablieren und normale Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden. Ich bin sicher, dass wir hier insgesamt zu einer sehr differenzierten Bewertung kommen müssen.

Zum einen gibt es sicher in Einzelfällen das Phänomen, dass Arbeitnehmern in Betrieben gekündigt wird und sie für einen geringeren Lohn über eine Zeitarbeitsfirma wieder bei ihren alten Arbeitgebern zum Einsatz kommen. Das ist selbstverständlich mehr als bedenklich. Aber bisher fehlt der Nachweis für eine flächendeckende Verbreitung.

Zum anderen stellt sich die Frage, welche Zukunft den klassischen Arbeitsverhältnissen angesichts sich verändernder Bedingungen der erwerbswirtschaftlichen Produktion von Gütern bzw. für das Erbringen von Dienstleistungen realistischere zukommt. Der Bundesverband Zeitarbeit hat erst vor wenigen Tagen erklärt, die Zeit der Vollzeitarbeitsverhältnisse und einer Betriebszugehörigkeit von über 40 Jahren sei in einer modernen Arbeitswelt passé. So sieht die Wirklichkeit häufig heute schon aus.

Selbstverständlich bevorzugt der größte Teil der Bevölkerung aus nahe liegenden Gründen unbefristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, weil sie für Sicherheit und Überschaubarkeit stehen. Man sollte sich aber trotzdem vor Augen führen, dass flexible Arbeitsverhältnisse früher oder später ein völlig normaler Bestandteil der Arbeitswelt werden können – für gering qualifizierte Beschäftigte ebenso wie für gut ausgebildete Akademiker.

Ich darf an dieser Stelle auf den Bericht der Zukunftskommission in Nordrhein-Westfalen unter der Leitung des verstorbenen Lord Dahrendorf erinnern – ich zitiere –:

Sicherheit wird in Zukunft weniger die Sicherheit eines bestehenden Arbeitsplatzes als vielmehr Beschäftigungssicherheit auf einem dynamischen Arbeitsmarkt sein. Es wird einen Paradigmenwechsel von Bestandssicherheit für einige zu Beschäftigungssicherheit für alle stattfinden müssen.

Gleichzeitig werden die Folgen der Flexibilität auch in diesem Bericht durchaus kritisch hinterfragt. Insbesondere der Bildung wird als einer Form der Befähigung für solche Arbeitsverhältnisse ein hoher Stellenwert zugesprochen. Sicher ist, dass wir hier erst am Anfang der Diskussion stehen, wie wir mit dem Thema Flexicurity als der Verbindung aus Flexibilität und Sicherheit vernünftig und zum Wohle aller Beteiligten umgehen.

Dagegen ist der Versuch der SPD, den Fall der Lippischen Nervenlinik zu instrumentalisieren mit dem Ziel, die Missbrauchsanfälligkeit der Zeitarbeit zu belegen, taktisch durchsichtig und sachlich höchst fragwürdig. Bislang gab es aufseiten der Aufsichtsbehörden – Kollege Kern hat darauf hingewiesen – keinen Beleg dafür, dass die dort im Bereich der Pflege zum Einsatz gekommenen Zeitarbeitnehmer die Patientensicherheit bzw. die Versorgungsqualität beeinträchtigen. Das wurde im Ausschuss klar und deutlich gesagt und uns Obleuten eben auch noch einmal bestätigt.

Außerdem ist es bemerkenswert, dass die SPD bei ihrem Engagement für Arbeitnehmer keineswegs so viel Gerechtigkeit walten lässt, wie sie sonst immer vorgibt. Nur so ist es zu erklären, dass Sie zusammen mit ver.di ausschließlich die Interessen der Streikenden im Auge haben und die der anderen schlichtweg ignorieren. Die Zeitarbeitnehmer wehren sich nun gegen den Vorwurf, sie seien nicht kompetent. So erwägt eine examinierte Krankenpflegerin und Rettungsassistentin eine Klage gegen ver.di wegen übler Nachrede. Auch andere Pflegekräfte aus der Klinik machen der Gewerkschaft heftige Vorwürfe. – Man ist immer gut beraten, beide Seiten zu sehen und erst dann zu einer Bewertung zu kommen.

Von den Vorrednern ist schon mehrfach der offene Brief der Ärzteschaft angesprochen worden. Viele Kollegen kennen ihn nicht, deswegen möchte ich daraus zitieren. Die Ärzteschaft der Klinik schreibt:

Im Rahmen der Tarifaueinandersetzung in der Lippischen Nervenlinik greifen die Streikenden zu immer unlauter werdenden Mitteln. Nachdem zunächst die nicht streikenden Pflegekräfte herabgewürdigt wurden, wird nun über Medien und politische Vertreter

– da wird speziell die Abgeordnete Howe angesprochen –

unterstellt, dass infolge des Streiks in der Klinik vermehrt Fixierungen und Medikamente eingesetzt würden. Die Ärzte der Lippischen Nervenlinik, die über die Medikamente und eventuelle Fixierungen entscheiden, fühlen sich durch derartige Unterstellungen in ihrer Berufsehre verletzt.

Ich sage: berechtigt. – Ich zitiere weiter:

Als Ärzteschaft verwahren wir uns gegen die diffamierenden Behauptungen der Streikenden, angesichts des Streiks würden Patienten vermehrt mediziert und fixiert. Das ist böswillig und ein Griff in die antipsychiatrische Mottenkiste, ein Bärendienst für die Psychiatrie.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich stelle mich hinter diese Äußerungen der Ärzte, die natürlich Medikationen und Fixierungen anordnen. Dass Sie diese Vorwürfe ins Parlament brin-

gen und den Mitarbeitern das indirekt unterstellt haben, ist eine Diffamierung, für die ich eine Entschuldigung bei den Betroffenen erwarte.

(Beifall von FDP und CDU)

Das erwarten die Betroffenen, und das erwarte ich hier auch. Sie müssen sich davon distanzieren. Es geht einfach nicht, dass die Äußerungen von Streikenden im Rahmen der Tarifautonomie, eines Arbeitskampfes einseitig ins Parlament eingebracht werden.

(Heike Gebhard [SPD]: Aber im Rahmen von Patientenfreiheit!)

Das ist ein unerhörter Eingriff in die Tarifautonomie. Eigentlich sollten Sozialdemokraten diese doch hochhalten.

Damit haben Sie auch den Patienten in der Klinik keinen Dienst erwiesen, sondern sie verängstigt. Was geschieht denn mit den Patienten, die sich in den Wochen und Monaten in der Klinik aufgehalten haben? – Sie werden durch solche Berichte und politischen Äußerungen natürlich verängstigt. Das würde uns allen so gehen.

Ich rate der SPD: Beteiligen Sie sich mit sachgerechten Vorschlägen an der Diskussion, wie man die Arbeitswelt modern und human gestalten kann. Hören Sie auf, Flexibilität und vor allem die Zeitarbeit an sich zu dämonisieren

(Beifall von der FDP)

und Ereignisse wie in der Lippischen Nervenlinik für Ihre realitätsferne Politik zu nutzen! – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Steffens das Wort.

**Barbara Steffens<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! meine Damen und Herren! Herr Kern, wir sind uns einig darüber, dass sich das Parlament nicht in laufende Tarifverhandlungen einmischen soll und wir die Tarifautonomie hochhalten. Aber es gibt Fälle wie das konkrete Beispiel in der Lippischen Nervenlinik, die zeigen – wenn man sich den Zeitablauf ansieht –: Es gab bis Ende August noch nicht einmal den Versuch von Tarifverhandlungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Parlament mischt sich daher nicht in die Autonomie ein, sondern es fordert die Klinikleitung nur auf, ihrer Verantwortung nachzukommen, Tarifverhandlungen mit den Beschäftigten zu führen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist der grundlegende Unterschied. Sie wissen, dass ich die Tarifautonomie hochhalte.

Der Streik hat im Mai begonnen und sich langsam gesteigert. Die Beschäftigten, die in den Streik getreten sind, haben sich sehr verantwortungsbewusst überlegt, wie viel Streik sie der Klinik und den Patienten und Patientinnen zumuten können. In der gesamten Phase sind weder Gespräche noch Tarifverhandlungen geführt worden, sondern die Klinikleitung hat versucht, das Ganze auszusitzen. Es gipfelte in einer Aussperrung. Diejenigen, die von ihrem Recht, zu streiken und Tarifverhandlungen zu fordern, Gebrauch gemacht haben, sind ausgesperrt worden.

Aussperrungen sind natürlich ein Instrument, aber eines von Tarifverhandlungen und nicht ein Instrument des Arbeitgebers, um Tarifverhandlungen zu unterbinden. Das war hier der konkrete Fall, und das ist für mich ein grundlegender Unterschied.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt hat Herr Romberg wieder nicht zugehört, dass er es verstehen konnte! – Heike Gebhard [SPD]: Er will auch nicht verstehen!)

Deswegen ist das Parlament in der Pflicht, zu sagen: Wir halten die Tarifautonomie hoch und fordern dazu auf, dass Tarifverhandlungen stattfinden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein weiterer Punkt ist – auch da haben Sie eben gesagt, dass sich die Gewerkschaften darum kümmern sollen –: Es gibt einen Manteltarifvertrag Zeitarbeit. Dieser sieht vor, dass Mitarbeiter der Zeitarbeit nicht in Betrieben eingesetzt werden sollen, die unmittelbar von einem rechtmäßigen Arbeitskampf betroffen sind. Dies ist ein rechtmäßiger Arbeitskampf. Ich stelle die Frage, ob es sich nicht um ein Unterwandern des Auftrags, Tarifverhandlungen zu führen, handelt, wenn an der Stelle Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen eingesetzt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Steffens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kern?

**Barbara Steffens**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Aber selbstverständlich.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Gut. – Bitte schön, Herr Kollege.

**Walter Kern** (CDU): Danke schön, Herr Präsident. – Frau Steffens, Ihnen ist aber auch bekannt, dass es in jüngster Zeit zur Aufnahme von Gesprächen gekommen ist und sich jetzt doch etwas bewegt?

**Barbara Steffens**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Ja, Herr Kern, ich habe gehört, dass es jetzt zur Aufnahme von Gesprächen gekommen ist. Diese haben aber nach der Antragstellung der SPD-Fraktion stattgefunden. Der SPD-Antrag war zuerst da, die Aufnahme der Gespräche war danach.

(Beifall von der SPD)

Deswegen finde ich es wichtig, Walter Kern, dass wir die Diskussion trotzdem klar führen. Es geht uns nicht um die Einmischung in die Tarifautonomie, sondern wir wollen, dass diese Verhandlung vonseiten der Klinikleitung ernst genommen und zu einem Ergebnis geführt wird und dass nicht missbräuchlich Instrumente der Tarifaueinsetzung zum Knebeln und Unterdrücken – in Anführungsstrichen – der Beschäftigten benutzt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist ein wichtiges Signal, und ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie es heute gesendet hätten.

Dieser Antrag beinhaltet aber noch zwei andere Bereiche, über die man sprechen muss.

Erstens. Eben ist intensiv auf die Qualität der Versorgung eingegangen worden. Ich kann das nicht beurteilen. Weil ich nicht in der Klinik gewesen bin, weder vorher noch nachher, kann ich nicht beurteilen, ob die Qualität der Versorgung sichergestellt ist. Ich kann aber verstehen, dass die ausgesperrten Beschäftigten sich Sorgen um ihre Patienten und Patientinnen in ihrer Klinik machen und sich nicht vorstellen können, dass eine Kompensation über Leiharbeit möglich ist – gerade vor dem Hintergrund, dass eine geringere Zahl von Leiharbeiterinnen eingesetzt wird.

Möglicherweise werden in dieser Auseinandersetzung an der einen oder anderen Stelle Vermutungen als Tatsachen dargestellt. Das wird denjenigen Leuten, die jetzt in dieser Klinik ihrer Tätigkeit nachgehen, mit Sicherheit nicht gerecht. Es handelt sich aber um einen Prozess, der sich hochgeschaukelt hat. Wir als Parlament sollten auch nicht das eine als gut und das andere als böse bezeichnen. Die Wahrheit wird irgendwo dazwischen liegen. An einigen Stellen wird es durchaus Defizite geben. Schließlich wissen wir, dass ein eingespielter Klinikablauf sich von dem Fall unterscheidet, dass man mal eben Menschen von draußen dazuholt. Auch wenn man versucht, sie anzulernen und einzufügen, ist es etwas anderes als ein eingespieltes Team.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube aber, dass wir die Patienten- und Patientinnenversorgung hier nicht beurteilen können. Das ist Sache der Fachaufsicht. Wenn sich herausstellt, dass es nicht richtig funktioniert, ist die Fachaufsicht gefragt. Solange die Fachaufsicht allerdings erklärt, es sei alles in Ordnung, können wir das Ganze zwar weiter hinterfragen; beurteilen können wir es aber nicht.

Zweitens. Ein Punkt in dem Antrag, den ich ganz wichtig finde und der hier leider untergeht, weil wir uns nur mit der Nervenlinik in Bad Salzuflen beschäftigen, ist die grundsätzliche Problematik gerade im Gesundheitssektor. Es gab ja nicht nur in Essen einen Termin, zu dem die Abgeordneten eingeladen worden sind, sondern auch in anderen Universitätskliniken.

Von daher kennen wir das System, über Personal-Service-Gesellschaften neben der Stammschicht eine niedriger bezahlte, an anderen Sozialstandards ausgerichtete Belegschaft aufzubauen, die zum Teil das Gleiche leistet. Manche gehen bis zum Ende des einen Monats noch als Stammschicht zu arbeiten, werden dann ausgelagert und bekommen ab dem Ersten des nächsten Monats für dieselbe Tätigkeit monatlich 400 € weniger ausgezahlt. Diese Lebensrealität finden wir im Moment in vielen Kliniken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kann nicht sein, dass wir in Kliniken Beschäftigte erster und zweiter Klasse haben, die dieselbe Patienten- und Patientinnenverantwortung wahrnehmen.

Hinzu kommt, dass es an Universitätskliniken mittlerweile zum Teil die dritte Klasse gibt; denn neben den Mitarbeitern der Personal-Service-Gesellschaft werden noch Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen beschäftigt. Das führt dazu, dass wir in einer Abteilung drei Personen haben, die dieselbe Tätigkeit ausüben, aber jeweils ein unterschiedliches Gehalt bekommen. Das können wir als Politik nicht akzeptieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir müssen versuchen, das zu unterbinden. Wenn es nicht anders geht, muss man in Berlin die Gesetze verändern. So etwas kann nicht sein – vor allen Dingen nicht im Gesundheitssektor.

Ich hoffe, dass wir dieses Thema ernsthaft diskutieren können; denn wir tragen die Verantwortung. Hoffentlich können wir im Ausschuss an diesem Beispiel aber auch en détail die allgemeinen Probleme besprechen. Das ist mein Wunsch. Wir haben vor einiger Zeit viele dieser Forderungen einmal formuliert. Damals wurden sie einfach abgelehnt. Ich würde mir wünschen, dass man wenigstens jetzt vor dem Hintergrund dieser Beispiele die Verantwortung ganz konkret wahrnimmt und am Ende der Ausschussberatungen gemeinsam zu einem Ergebnis kommt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erstens. Die „Lippische Nervenlinik Dr. Spernau“ in Bad Salzuflen ist von den Behörden, seit dort diese Auseinandersetzung stattfindet, lückenlos kontrolliert worden. Ich bin auch froh, dass das von niemandem angezweifelt worden ist. Das Ergebnis ist nun einmal so – das ist im Grunde auch erfreulich –, dass diese Klinik zu jedem Zeitpunkt die Patientenversorgung in medizinischer und pflegerischer Hinsicht sichergestellt hat. Dass man eine solche Situation zum Anlass nimmt, öfters nachzugucken, ist sinnvoll. Das wird auch von niemandem kritisiert. Dies haben wir getan.

Zweitens. Ich bin sehr froh darüber, dass das Land Nordrhein-Westfalen das einzige Land in Deutschland ist, das traditionell einen Landesschlichter für Tarifaufinandersetzungen hat. Das ist eine segensreiche Einrichtung. Über die „Lippische Nervenlinik Dr. Spernau“ wird jetzt im Landtag debattiert. Ich kann Ihnen mitteilen, dass es ständig verfahrene Tarifkonflikte in Nordrhein-Westfalen gibt.

Im Übrigen geht die Einrichtung des Landesschlichters noch auf die Engländer nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. In Nordrhein-Westfalen haben bis jetzt drei Menschen diese Tätigkeit ausgeübt. Es müssen alles solche Typen gewesen sein wie der jetzige Landesschlichter, nämlich Menschen, die mit einer Himmelsgeduld und viel Geschick versuchen, Leute, die nicht mehr miteinander reden wollen, wieder dazu zu bringen, sich zusammen an einen Tisch zu setzen.

Als ich erfahren habe, dass die Situation in Bad Salzuflen eskaliert, habe ich Herrn Pollmeyer gebeten, sich auch darum zu kümmern. Seitdem tut er das. Ich wünsche ihm ganz viel Glück und Geschick und hoffe, dass er die Leute wieder an einen Tisch bringt, dass miteinander geredet wird und dass der Tarifkonflikt in einer Art und Weise beendet wird, die es allen erlaubt, so aus der verfahrenen Situation herauskommen, dass man sich anschließend auch noch achten und wieder vernünftig zusammenarbeiten kann.

(Allgemeiner Beifall)

Das muss das Ziel sein, um das es hier geht. Ich glaube auch, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Drittens. Einen weiteren Punkt müssen wir hier ganz offen ansprechen. Wir haben vorgestern im Landtag darüber debattiert, ob und wann es in Nordrhein-Westfalen einen Mangel an Pflegefachkräften gibt. Dazu kann man unterschiedliche Meinungen vertreten. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Alle Einrichtungen, ob Krankenhäuser oder Altenheime, in denen man meint, die Pflege über Leiharbeit organisieren zu müssen, leisten einen Beitrag dazu,

dass der Pflegefachkräftemangel schneller kommt und schlimmer wird, als wir ihn überhaupt erwarten.

(Allgemeiner Beifall)

Schließlich wollen wir junge Menschen motivieren, sich für diesen Beruf zu entscheiden. Pflegefachkraft, ob im Krankenhaus oder im Altenheim, ist sicherlich auch ein schöner Beruf, weil man nah am Menschen arbeitet. Daneben ist es ein für die Gesellschaft unverzichtbarer Beruf. Ob Menschen sich für diesen Beruf interessieren, hat aber nicht nur mit Ethik zu tun, sondern auch mit den Arbeitsbedingungen, die man vorfindet, wenn man einen solchen Beruf ausübt.

(Beifall von der CDU)

Deswegen kann ich den Einrichtungen nur raten: Sägt euch nicht den Ast ab, auf dem ihr selber sitzt. Man braucht die Pflegekräfte. Deswegen sorgt auch dafür, dass Pflegekräfte in ordentlichen, vernünftigen, sicheren und auch mit einer Familie in Einklang zu bringenden Arbeitsverhältnissen arbeiten!

(Beifall von der CDU)

Das ist schon eine Voraussetzung dafür, dass man Menschen motivieren kann, eine solche Arbeit zu tun.

Wenn wir ehrlich sind: Das Phänomen von Leiharbeit in der Pflege beschränkt sich, leider Gottes, in diesem Land nicht nur auf private Kliniken und private Unternehmen, sondern es gibt dieses Phänomen auch schon in solchen, die Mitglied in einem unserer Wohlfahrtsverbände sind. Deswegen sollte man auch vorsichtig sein, dieses Thema mit der Frage nach der Rechtsform einer Klinik zu verbinden. Ich höre so etwas nämlich auch von anderer Seite, wo ich mich dann frage, was das noch mit der Ethik eines Wohlfahrtsverbandes zu tun hat, wenn so etwas gemacht wird.

(Heike Gebhard [SPD]: Die Kirchen!)

Sie müssen eines wissen: Man kann nicht die vielen Vorteile genießen, die einem als Mitglied in einem Wohlfahrtsverband zuteil werden, etwa im Steuerrecht oder als große Empfänger von Stiftungsgeldern in Nordrhein-Westfalen, wenn man sich auf der anderen Seite benimmt wie jeder andere.

(Heike Gebhard [SPD]: Die Kirchen müssen Sie mit einbeziehen!)

Ich sage das hier einmal mit großer Deutlichkeit.

Zu einem weiteren Punkt. Sie beklagen und sprechen in Ihrem Antrag Ausgründungen aus Kliniken an. – Ja, das gibt es, um Tarifverträge zu verändern, um etwa vom ver.di-Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst auf den Tarifvertrag für Reinigungskräfte zu wechseln. Man kann darüber diskutieren, ob man das will oder nicht. Man kann die Debatte führen nach dem Motto: Reinigungskräfte sind Rei-

nigungskräfte, dafür sind auch die einschlägigen Tarifverträge maßgebend.

Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass bei der einzigen Klinik, bei der mein Ministerium etwas zu sagen hat, nämlich beim Herzzentrum in Bad Oeynhausen, die Ausgründung der Reinigungskräfte schon im Jahre 2002 erfolgt ist. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat mit Mehrheit bestimmt. Sie waren diejenigen, die damals die Mandate besaßen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

2002 hat diese große Klinik mit Mehrheit im Aufsichtsrat – die Mehrheit im Aufsichtsrat liegt beim Land Nordrhein-Westfalen, das nur über das Ministerium vertreten wird; alle sind bei diesen Fragen und Entscheidungen gegenüber dem Gesundheitsminister weisungsgebunden; und in der Gesellschafterversammlung haben wir auch die Mehrheit – beschlossen: Die Reinigungskräfte werden ausgesourced und es wird der Tarifvertrag des Reinigungsgewerbes angewandt und nicht mehr der öffentliche. – Damit habe ich schon einmal eine Frage aus Ihrem Antrag beantwortet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war schon einmal ein Tarifvertrag!)

– Sicher, aber Sie wissen auch, wo die Unterschiede sind. Ich wollte es Ihnen ja nur sagen.

Jetzt ein Weiteres: Die Ausgründungen bei den Universitäten sind nur deswegen möglich, weil Sie 2000 in diesem Land Rechtsverordnungen erlassen haben, die die Ausgründungen überhaupt möglich gemacht haben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist trotzdem falsch!)

– Entschuldigung, Frau Steffens, Sie waren damals im Landtag. Sie haben diesen Rechtsverordnungen zugestimmt. Sie persönlich haben zugestimmt.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, man hat die Bänke gewechselt und richtet in Anträgen Vorwürfe in Richtung Regierung, als wenn es diesen Zustand erst gibt, seitdem es diese schwarz-gelbe Regierung gibt. Das lasse ich nicht durchgehen. Jetzt könnte man ja auf die Idee kommen, es wieder rückgängig zu machen, denn man kann sich ja mal vertun. Die Frage kann man ja stellen. Aber dann müssen Sie gleichzeitig eine andere Frage mit beantworten.

Unsere Universitätskliniken stehen in weiten Bereichen ihrer Kapazitäten in einem Wettbewerb mit

anderen Krankenhäusern. Deswegen ist immer zu klären: Können Sie diesen Universitätskliniken, wenn sie sich weiterentwickeln sollen, wenn sie weiterhin zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Region beitragen sollen, angesichts des Wettbewerbs, in dem sie sich befinden, auf Dauer mehr Auflagen machen als den anderen Krankenhäusern? – Ich rate, diese Gesetze nicht rückgängig zu machen.

Sie hatten damals auch einen Grund dafür angeführt, dass Sie entschieden haben, dass in diesen Bereichen nicht mehr anders als in anderen verfahren werden kann. Nach vier, fünf, sechs Jahren kommen Sie nun und suggerieren mit Anträgen, das sei alles erst so, seitdem ich und ein paar andere hier regieren. – Liebe Leute, der Vorwurf ist durchschaubar! Ich weise ihn mit allem Nachdruck zurück!

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt kommt ein weiterer Punkt, über den man auch einmal reden muss und der im ersten Teil Ihres Antrags Erwähnung findet: die Zeitarbeit. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz schreibt in § 9 klar vor: gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Dann ist das Gesetz verändert worden. Man hat reingeschrieben: Wenn es einen Tarifvertrag gibt, muss man diese Regelung nicht mehr einhalten. Diese Gesetzesänderung ist im Übrigen sehr massiv von Ihrem ehemaligen Ministerpräsidenten, Herrn Clement, in seiner Funktion als Bundesarbeitsminister betrieben worden.

(Heike Gebhard [SPD]: Der kämpft jetzt für die FDP!)

– Ja, gut, aber unter Ihnen war er Ministerpräsident, und mit Ihrer Mehrheit ist er Arbeitsminister geworden. Und mit Ihrer Mehrheit hat er diese Gesetze verabschiedet. Ich war da Zeitzeuge. Das ist immer das Problem, wenn man es mit einem zu tun hat, der schon etwas länger in der Politik ist.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wissen Sie, was mir am Älterwerden Spaß macht? Dass ich länger zurückdenken kann. Ich kann zurückdenken. Ich weiß schon, was da passiert ist.

Jetzt kommt wieder die grundsätzliche Frage: Wollen wir allen Ernstes einer Politik das Wort reden, die sagt: Der Tarifvertrag muss sich einer gesetzlichen Regelung beugen? Es gibt diese Tarifverträge in der Zeitarbeit. Ich rate uns, die Tarifautonomie nicht in Zweifel zu ziehen, obwohl auch mir die Lohnentwicklung vor allem im Helferbereich der Zeitarbeit große Sorge bereitet.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Mich ärgert das auch, was da läuft. Deswegen empfehle ich uns, die Politik des Arbeitsministers in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen und zu beschließen: Wir müssen alles dafür tun, dass die

Zeitarbeitsbranche spätestens im Jahre 2010 ins Entsendegesetz aufgenommen wird. Das setzt voraus, dass wir die konkurrierenden Tarifverträge in dieser Branche überwinden. Ich setze dabei auf die Allgemeinverbindlichkeit. Mit dieser Allgemeinverbindlichkeit wird es auch gelingen, bessere Tarifverträge auszuhandeln. Das wäre der Weg, der vom System her der richtige wäre.

Von daher möchte ich Sie alle einladen, auch Ihren Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages in der Zeitarbeit zu leisten.

(Heike Gebhard [SPD]: Das müssen Sie Ihren Kollegen in Berlin sagen!)

Denn er wiederum ist die Voraussetzung, die Zeitarbeit überhaupt in das Entsendegesetz aufnehmen zu können.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das heißt, der DGB und die Christlichen Gewerkschaften müssen in dieser Frage miteinander reden, genau wie die beiden verfeindeten Arbeitgeberverbände. Ich kann nur jedem, der ein bisschen Einfluss besitzt, raten, die Leute aufzufordern, miteinander zu reden.

Denn wenn ab Anfang 2011 die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in Europa gilt – sie ist europarechtlich festgeschrieben; keine Bundesregierung kann den Termin mehr hinausschieben, egal, wer am 27. gewählt wird –, wenn man mit polnischen Tarifverträgen in Deutschland Zeitarbeit anbieten kann, dann werden wir in dieser Branche eine Veränderung bekommen, die keiner wollen kann, der das Instrument der Zeitarbeit erhalten will.

(Beifall von der CDU)

Das kann keiner wollen. Deswegen unterstützen Sie den Weg, den ich gehe. Unterstützen Sie meine Politik, die ich mit vielen Gutachten unterlegt habe. Seien Sie sicher: Die Arbeitnehmerinteressen sind bei mir in guter Hand. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Für die SPD kommt Herr Kollege Schmeltzer ans Pult.

**Rainer Schmeltzer<sup>\*)</sup>** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs einige wenige Worte zu den Ausführungen meiner Vorredner sagen.

Herr Kollege Kern, Sie haben wörtlich gesagt, dass dieser Antrag ein sichtbarer Versuch sei, in Tarifverhandlungen einzugreifen. – Das weise ich mit Entschiedenheit zurück. Sie kennen mich persönlich und wissen, wo wir in dieser Sache stehen. Dies ist eine Unterstellung, die – aus Ihrer Sicht – für die Öffentlichkeit gewesen sein soll, aber es ist eine

Unterstellung. Denn wenn Sie den Antrag richtig lesen, dann erkennen Sie, dass das mit einem Eingriff in die Tarifautonomie überhaupt nichts zu tun hat. Damit das von vornherein klar ist: Gegen eine solche Unterstellung verfahren wir uns.

(Beifall von der SPD)

In diesem Antrag und in den verschiedenen Geschichten aus dem Gesundheitsbereich, die wir heute debattieren, geht es sowohl betreffend die Klinik Dr. Spernau als auch alle anderen Kliniken als erstes um das Wohl der Patienten. Es geht aber auch um das Wohl der Stammebelegschaften, der Beschäftigten, der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer.

Wir haben bei der Rede von Herrn Minister Laumann auch applaudiert, da er an der einen oder anderen Stelle etwas gesagt hat, dem man zustimmen kann. Nur, Herr Minister: Wir müssen Wege finden, damit das von Ihnen Vorgetragene auch umgesetzt werden kann. Und da sind wir dann nicht mehr einer Meinung. Die Aussperrung und die ungeklärten Verhältnisse von eingesetzten Leiharbeitnehmern führen unseres Erachtens eindeutig nicht dazu, dass das Wohl und die Gesundheit der Patienten im Vordergrund stehen.

Herr Kollege Kern, wenn Sie von der Homepage von Frau Howe reden, dann ist es schön, dass Sie unsere Internetseiten besuchen – davon können Sie viel lernen –, aber dann nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass Frau Howe die von Ihnen zitierte Stelle einem Artikel entnommen hat, der von der „Neuen Westfälischen“ veröffentlicht wurde. Letztendlich haben Sie also aus nichts anderem zitiert.

Dann kommen wir nun zu den Zeitschienen. – Ich bin froh darüber, dass der Landesschlichter, Herr Pollmeyer, es geschafft hat, dass erste Gespräche geführt werden, die ich gleich noch etwas näher definieren möchte.

Am 2. Mai hat die Presse zum ersten Mal von unbefristeten Streiks berichtet. Am 18. Juni – rund sieben Wochen später, Herr Minister – hat die untere Aufsichtsbehörde erstmalig Prüfungen durchgeführt. Dies geschah aber nicht, weil der Minister gefordert hat, dass etwas geschehen muss, sondern weil bei den Krankenkassen ein anonymes Schreiben vorlag. Erst dann hat es die öffentliche Hand, die Aufsichtsbehörde, für nötig befunden, zu prüfen, was dort Sache ist.

Ich glaube, es ist nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten, dass man sieben Wochen in einem Krankenhaus ist und nicht weiß, was dort geschieht. Ich will es nicht unterstellen, aber es mag zumindest möglich gewesen sein, dass in diesen sieben Wochen nicht immer alles astrein gelaufen ist. Denn von heute auf morgen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit einer qualifizierten Ausbildung 1:1 dort einzusetzen, wird auch bei den guten Zeitungsfirmen, die wir haben, nicht unbedingt immer

möglich sein. Es war also gut, dass wir den politischen Druck aufgenommen haben.

Herr Kollege Romberg, wenn Sie schon zu einem Thema reden und uns etwas unterstellen, dann rate ich Ihnen: Lesen Sie vorab doch auch bitte die Protokolle, wenn Sie sich im Ausschuss schon nicht an den Diskussionen beteiligen.

Wir haben nie unterstellt, dass es hier um einen falschen Medikamenteneinsatz bzw. um Fixierung geht, sondern wir haben darauf hingewiesen, dass Gerüchte im Umlauf sind, dass eventuell mit einem erhöhten Medikamenteneinsatz gehandelt werden und dass es eventuell zusätzliche nicht angeordnete Fixierungen geben könnte. Darüber hinaus haben wir den Minister aufgefordert, diesbezüglich Prüfungen vorzunehmen. Das hat der Minister im Übrigen einen Tag später auch veranlasst. Man kann ihm dafür nur danken, dass er seiner Pflicht schon einen Tag nach der Ausschusssitzung aufgrund unseres Wunsches nachgekommen ist.

Eingriff in die Tarifautonomie? – Eine solche Behauptung steht Ihnen als Liberale überhaupt nicht zu. Wenn Sie hier als Wahrer der Tarifautonomie auftreten, dann ist das ungefähr so, als wenn sich Guido Westerwelle um den Posten des DGB-Vorsitzenden bewerben würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kollegin, liebe Kollegen!

(Minister Karl-Josef Laumann: Das hätte doch mal was!)

– Das hätte etwas, Herr Minister. Dann würden wir aber nur noch schmunzeln und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland hätten nur noch Tränen in den Augen.

Herr Minister, zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Wir sprechen in diesem Hause ja nicht zum ersten Mal über Leih- und Zeitarbeit. Wir haben uns schon oft darüber gestritten – mal mehr und mal weniger.

Sie verweisen darauf, dass der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Jahre 2003 das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz an dieser Stelle geändert hat. Ich gebe Ihnen recht: Diese Änderungen haben längst nicht das gebracht, was sie hätten bringen sollen und was gewünscht war.

Wenn Sie sich an die Diskussionen in den letzten Monaten und Jahren erinnern, dann werden Sie wissen, dass wir es hier in diesem Haus waren und auch sind, die immer wieder deutlich machen, dass wir, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – auch in der Verantwortung der Bundesregierung – Fehler gemacht haben, dann auch dazu stehen. Dann müssen wir diese Fehler ausmerzen. Dafür kämpfen wir. Wenn Sie in das Wahlprogramm der Bundes-SPD hineinschauen, dann werden Sie eine entsprechende diesbezügliche Korrektur wie-

derfinden. Man muss Fehler eingestehen können. Auch insoweit können Sie von uns lernen. Das wäre richtig in dieser Angelegenheit.

Wir wissen: Bei vier von fünf geringfügig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland liegt der Bruttostundenverdienst unterhalb der Niedriglohngrenze. Dies trifft auf 67,2 % der Zeitarbeitsbeschäftigten zu. Das kann für die Beschäftigung in Deutschland insgesamt nicht gut sein. Wir wissen, dass alleine die prekäre Beschäftigung, die Beschäftigung der untypischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Verträgen, von 2,5 Millionen auf insgesamt 7,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik angestiegen ist. Das kann nicht unser Ziel sein, und genau so, Herr Minister, haben ich Sie eben auch verstanden.

Allein in 2008 wurden in der Zeitarbeitsbranche in der Bundesrepublik Deutschland 1,2 Millionen Arbeitsverhältnisse beendet – sprich: gekündigt oder mit einem so kurzen Arbeitszeitpensum vereinbart, dass diese Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter letztendlich noch nicht einmal in den Genuss von Arbeitslosengeld I kamen, sondern nach Beendigung ihres Verhältnisses auch noch in Hartz IV gelandet sind.

Ich möchte noch ganz deutlich etwas zu dem Hinweis zu Spernau und den Tarifverträgen sagen: Ja, wir greifen nicht in die Tarifautonomie ein. Ja, es gibt aber Tarifverträge, nämlich die mit dem BZA und dem iGZ, die in ihren Manteltarifverträgen ausdrücklich regeln, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter grundsätzlich nicht als Streikbrecher in einem bestreikten Entleihbetrieb eingesetzt werden dürfen.

Da ist der Hinweis, dass wir dafür nicht zuständig sind, natürlich richtig. Das sehe ich genauso. Denn das wäre ein Eingriff in die Tarifverträge.

Aber eines ist auch klar: Schauen Sie sich doch bitte die Realität an. Die Realität ist: Wenn der Leiharbeiter tatsächlich von seinem Recht auf Tarifvertrag Gebrauch macht, dann ist für diesen am Ende des Tages Feierabend, und er ist am nächsten Tag arbeitslos. Das ist die Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Da kann man den Menschen keinen Vorwurf machen, sondern muss sie den Unternehmen machen, die Tarifverträge unterschreiben und sie an der Stelle durchbrechen. Das ist das Schädige an diesem Geschäft und bei den Zeitarbeitsfirmen, die sich an die eigenen Verträge nicht halten.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kern?

**Rainer Schmeltzer**<sup>1)</sup> (SPD): Immer wieder gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kern.

**Walter Kern** (CDU): Ich hatte in meiner Rede darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaft aufgrund des Manteltarifvertrages durchaus die Möglichkeit hat, dort tätig zu werden, und hatte angemahnt, diese Chance vielleicht auch zu nutzen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

**Rainer Schmeltzer**<sup>1)</sup> (SPD): Meine Meinung dazu ist durchweg positiv, weil ich, wie Sie wissen, genau dieser Gewerkschaft angehöre. Wenn die Gewerkschaft schlau ist, wird sie tätig werden, ohne dass der Arbeitnehmer, der als Streikbrecher eingesetzt wird, Schaden nimmt.

Gestatten Sie mir im Übrigen den Hinweis, dass Sie das sehr viel freundlicher formuliert haben als Ihr Kollege Romberg, dessen Äußerungen sich durch Unkenntnis ausgezeichnet haben. Meine Anmerkung ging eher in seine Richtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir abschließend noch einen Hinweis bezüglich der Leiharbeit unter anderem in den Unikliniken. Wir können diese Personal-Service-Gesellschaften, die wir dort haben, ohne Weiteres mit der sogenannten Konzernleihe vergleichen.

Herr Minister Laumann, ja, Sie haben recht mit Ihrer Bemerkung, dass wir seinerzeit – allerdings nicht bei der Uniklinik Essen – ausgegliedert haben und – ich hoffe, ich zitiere Sie sinngemäß richtig – dass wir diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einen Tarifvertrag der NGG überführt haben.

Bei der Uniklinik Essen, bei der die Landesregierung im Übrigen in den Aufsichtsgremien sitzt, ist es aber anders. Die Landesregierung lässt zu, dass die Beschäftigten in dieser Personal-Service-Gesellschaft, die zulasten der Stammbesellschaft immer mehr Personal bekommt, dem Tarifvertrag Leiharbeit unterfallen. Das ist der große Unterschied zwischen diesen Gesellschaften.

(Beifall von der SPD – Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Letzter Hinweis zu den Gesprächen, die aufgenommen werden: Herzlichen Dank an Herrn Pollmeyer für die intensive Arbeit seit Mai bis heute, aber offizielle Gespräche sind das noch nicht. Es gibt ein trilaterales Gespräch, das Ende September stattfindet, und ein trilaterales Gespräch mit dem Landesschlichter wird erst einmal ausloten, ob es denn dann zu Tarifverhandlungen kommt. Ich drücke Herrn Pollmeyer, der Gewerkschaft sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Daumen, dass der Arbeitgeber sich endlich dazu bereit erklärt, zumindest erst einmal in Tarifverhandlungen einzutreten, denn es steht einem Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland gut zu Gesicht,

sich den Arbeitnehmern nicht zu verweigern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die grüne Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Steffens zu Wort gemeldet.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich auf die Äußerung von Minister Laumann hin zu Wort gemeldet, das Ganze hätte seinen Anfang in 2002 unter Rot-Grün genommen. – Ja, es sind damals Möglichkeiten geschaffen worden. Aber der Kollege Schmeltzer hat gerade schon darauf hingewiesen, was die Besonderheit beim Uniklinikum Essen ist und was das Extrem dessen ausmacht.

Eines ist ganz wichtig: 2002 ist noch nicht begonnen worden, sondern 2003 ist mit der Ausgründung der ersten Personal-Service-Gesellschaft begonnen worden. 2004 gab es noch die Abmachung, dass das nur einen sehr geringen Teil der Belegschaft betreffen soll. 2005 wurde das Ganze dann etwas weiterentwickelt. Es hat jetzt eine Dimension, bei der wir im politischen Raum innehalten und uns fragen müssen, ob das eine richtige Entwicklung ist.

Wir als Grüne haben Dinge, die wir mit auf den Weg gebracht haben, immer kritisch reflektiert – das werden wir auch weiterhin tun – und stehen auch dazu, wenn etwas falsch war; das geschieht in der Politik viel zu selten. Wir müssen sagen, dass die Entwicklung falsch war, und müssen schauen, wie wir gemeinsam Grenzen einziehen können. Das sind wir den Menschen im Land, aber auch den Patientinnen und Patienten

(Zuruf von der CDU: Patienten sind auch Menschen!)

– lassen Sie mich doch ausreden – sowie den Beschäftigten schuldig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und uns sind wir das auch schuldig, Barbara!)

Deswegen müssen wir im Ausschuss darüber reden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/9763** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dagegen? – Wer ist dafür? – Ent-

hält sich jemand? – Der Antrag ist einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

## **5 Standortchancen durch gezielte Tourismuspolitik effektiv nutzen: Ein Beitrag für Wachstum und Innovation in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/9767

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion der Kollegin Frau Milz das Wort.

**Andrea Milz** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute das erste Mal in dieser Wahlperiode Gelegenheit haben, über Tourismus zu reden und damit auch ein bisschen auf die Bedeutung hinweisen können, die diesem Thema gebührt.

Einige Zahlen dazu: Im Jahr 2008 hat der Tourismussektor rund 3 % des Bruttoinlandsproduktes in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. Wenn man auf den Arbeitsmarkt blickt, stellt man fest, dass 530.000 Menschen bei uns direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig sind. Wir hatten 41,5 Millionen Übernachtungen, und damit kamen so viele Gäste wie nie zuvor zu uns nach Nordrhein-Westfalen. Ein Fünftel von diesen Touristen kam aus dem Ausland.

Darüber hinaus wirkt der Tourismus natürlich auch als Verstärkung für eine positive Standortentwicklung. Wer als Tourist an Rhein und Ruhr gewesen ist, der kann sich auch vorstellen, hier bei uns zu leben oder zu arbeiten. Damit verhindert man Abwanderung von guten Kräften und wirbt neue Nachwuchskräfte für unseren Arbeitsmarkt an, und natürlich werden auch Investoren angelockt.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen schließlich auch viel zu bieten, nicht nur einen hohen Freizeit- und Erholungswert, sondern auch einen lebendigen und vielfältigen Kulturraum innerhalb Europas, zudem eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, wobei ich unser schönes Siebengebirge davon ein bisschen ausnehmen muss. Wir warten ja schon seit Jahren auf eine Entlastungsstraße, aber das setze ich einmal in Klammern; es gibt also auch da noch etwas zu tun. Außerdem haben wir vier internationale Messeplätze in Nordrhein-Westfalen. So ist es nicht verwunderlich, dass wir zu den beliebtesten Reisezielen in Deutschland gehören und der Tourismus sich auf Erfolgskurs befindet.

Wir haben allerdings noch Nachholbedarf, und das Potenzial unseres Tourismus ist noch lange nicht ausgeschöpft. Trotz der vielen Standortvorteile ist das Land Nordrhein-Westfalen bislang noch nicht ausreichend als Tourismusziel wahrgenommen